

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
3003 Bern

Bern, 12. März 2026 / HG  
VL UVV

*Elektronischer Versand:* [aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch), [gever@bag.admin.ch](mailto:gever@bag.admin.ch)

## **Revision der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP begrüsst die vorliegende Revision zur Senkung und Flexibilisierung der Eintrittsschwelle zur freiwilligen Unfallversicherung. Selbstständiges Unternehmertum ist ein Pfeiler unserer Wirtschaft; die soziale Absicherung dieser Personengruppe muss zeitgemäss und praxisnah gestaltet sein, ohne dabei neue bürokratische Hürden oder staatliche Zwänge aufzubauen.

Die Senkung der Eintrittsschwelle von 45% auf 30% des Höchstbetrags (neu 44 460 Fr.) ermöglicht rund 40 000 weiteren Selbstständigerwerbenden den Zugang zum bewährten UVG-Schutz. Dies korrigiert die aktuelle Situation, in der ca. 75% der Selbstständigen die Schwelle aufgrund tieferer Einkommen nicht erreichen.

Wir unterstützen ausdrücklich die Möglichkeit, die Eintrittsschwelle proportional zum Beschäftigungsgrad anzupassen. In einer Arbeitswelt, in der Teilzeit-Selbstständigkeit und Mehrfachbeschäftigung (z. B. 42% der Selbstständigen) zunehmen, ist diese Flexibilität für eine lückenlose Absicherung essenziell.

Besonders positiv werten wir den fakultativen Charakter der Bestimmungen für die Versicherer. Dass Versicherer selbst entscheiden können, ob sie die Flexibilisierung anbieten oder eine Minimalprämie erheben, verhindert unnötige staatliche Markteingriffe und wahrt den Wettbewerb.

Die Einführung einer Minimalprämie ist ein ordnungspolitischer Pluspunkt. Sie stellt sicher, dass auch bei tiefen versicherten Löhnen die Heilungskosten gedeckt sind und verhindert eine systemfremde Quersubventionierung zulasten anderer Versicherter.

Die Vorlage schafft ein attraktiveres Umfeld für Kleinunternehmer und Kulturschaffende, verbessert deren soziale Sicherheit und verzichtet auf finanzielle Belastungen für den Bund. Die FDP unterstützt das Inkrafttreten per 1. Januar 2027.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann  
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher  
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer